

positives Votum aus dem Bürgerentscheid wäre für zwei Jahre bindend: Diese Zeit muss bei einem positiven Beschluss schnellstens genutzt werden, um die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Nur so kann der Haushalt kurzfristig entlastet, Wirkungen geprüft und in nachvollziehbaren Zahlen belegt werden. Um Ihnen und uns, liebe Bürgerinnen und Bürger, faktenorientierte Entscheidungen zu ermöglichen. Es geht nicht darum etwas schönzurechnen, sondern um Klarheit. Es geht nicht um die Wahrung von Einzelinteressen, sondern um viele Betroffene – auch die der kommenden Generationen. Und wir denken, dass der Weiterbetrieb der Schwimmhalle eine Chance verdient hat! Geben Sie ihr diese - und stimmen Sie für den Erhalt der Schwimmhalle mit **„Ja - für die Weiterführung unserer Meerwasserschwimmhalle“**. Vielen Dank!



**gez. Christian Matthes / Karl Fleischfresser / Kirstin v. Ketelhodt
(Vertretungsberechtigte für das Bürgerbegehren)**

Position der Gemeindevertretung der Gemeinde Ostseebad Laboe zum Bürgerentscheid

Stimmen Sie für den Weiterbetrieb „unserer“ Meerwasserschwimmhalle?

Die jetzige Gemeindevertretung ist aus den Kommunalwahlen 2013 hervorgegangen, jeder Gemeindevertreter und jede Gemeindevertreterin ist in seiner/ihrer Mandatsausübung frei und nicht an Weisungen gebunden, dies entspricht dem Wesen unserer repräsentativen Demokratie.

Eine wesentliche Aufgabe der Gemeindevertretung ist es, über die jährlichen Haushaltspläne zu entscheiden. In den jeweiligen Haushaltsplan werden finanzielle Mittel, die die Gemeinde aus verschiedensten Quellen erhält, für die vielfältigen kommunalen Aufgaben eingesetzt.

Einnahmen erzielt die Gemeinde aus der direkten Erhebung der

- Gewerbesteuer
- Grundsteuer A+B
- Parkgebühren

- Hundesteuer und
- Vergnügungssteuer.

Weitere Einnahmen erhält Laboe durch die Anteile an der Einkommenssteuer, der Umsatzsteuer, allgemeinen Zuweisungen des Landes, sowie Einnahmen durch die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken und Gebäuden.

Mit den gesamten Einnahmen finanziert die Gemeinde gewisse Pflichtausgaben. Da Amtszugehörigkeit besteht, müssen eine Amtsumlage für Sach- und Personalkosten des Amtes, sowie als kreisangehörige Gemeinde eine Kreisumlage gezahlt werden. Da die Gemeinde größere Investitionen wie den Bau der Grundschule oder den Bau eines Kindergartens mit Krediten finanzieren muss, werden dementsprechend Zinsen und Tilgung für diese Kredite fällig.

Ferner sind wir in Laboe auch für die Finanzierung von folgenden Punkten bzw. Einrichtungen/Betrieben verantwortlich:

- Schulkostenbeiträge für den Besuch Laboer Kinder an weiterführenden Schulen
- ca. 35 % der Kindergartenkosten,
- Unterhalt des Sportplatzes,
- Unterhalt der Sporthalle,
- Betrieb des Hafens,
- Betrieb der Schwimmhalle,
- Betrieb des Bauhofs,
- Betrieb des Tourismusbetriebs.

Zur Finanzierung der Ausgaben fehlten der Gemeinde bereits in den letzten beiden Jahren jedes Jahr ca. 140.000 Euro (strukturelles Defizit). In dieser Zeit hat die Gemeinde dieses Defizit durch den Verkauf eines Grundstückes und durch eine Entnahme aus der Rücklage ausgleichen können. Die Rücklage ist nun aufgebracht, und der Verkauf von weiterem Grundvermögen ist zurzeit nicht vorgesehen bzw. möglich.

Es stehen mehrere größere Investitionsvorhaben zur Realisierung an:

- Es läuft die Hafenumfeldgestaltung,
- es müssen weitere Stege saniert werden,
- die Hafentoilette muss saniert werden,
- die Regenentwässerung muss im Bereich des Unterdorfes verbessert werden, damit es keine Überschwemmungen im Bereich Katzbek/Wiesenweg mehr gibt und im Oberdorf weitere Baugebiete ausgewiesen werden können.
- die Feuerwehr muss ein neues Löschfahrzeug beschaffen,
- die Straßen wie Hafenstrasse, Wiesenweg, u.a. müssen saniert werden,
- das Haus 1 an der Schule muss abgerissen werden und etwas Neues an die Stelle treten,
- das Gemeindeeigentum im Börn 4-6 muss saniert werden,
- Ausbau des Omnibusbahnhofes am Hafen,
- Ausbau der öffentlichen Toiletten.

Gerade die letzten Punkte werden bzw. mussten immer weiter in die Zukunft geschoben werden, da eine Finanzierung nicht darstellbar war.

Rechnet man alles zusammen, müsste die Gemeinde in den nächsten 36 bis 60 Monaten zwischen fünf und acht Millionen Euro investieren, um die Infrastruktur unserer Gemeinde auf einen zeitgerechten Stand zu bringen.

Da wir in Laboe keinen finanziellen Spielraum besitzen, muss die Gemeinde für jede der angesprochenen Maßnahmen Kredite aufnehmen, dies bedeutet, dass die Schulden von heute ca. 6 Mio. Euro auf 11 – 14 Mio. Euro steigen, dementsprechend auch die Zins- und Tilgungslast, mit dem Ergebnis, dass das vorhandene Defizit weiter wächst.

In dieser Situation kommt die Gemeindevertretung ihrer gesetzlichen Pflicht nach und befindet sich in einem ständigen Abwägungsprozess. So wird beispielsweise regelmäßig geprüft, ob und wie Einnahmen erhöht werden können. In den letzten 4 Jahren sind folgende spürbare Erhöhungen vorgenommen worden:

- zweimal die Grundsteuer,
- die Fremdenverkehrsabgabe,
- die Hafengebühren,
- die Eintrittsgelder für die Schwimmhalle,
- die Kindergartengebühren.

Die Gemeindevertretung muss aber auch die Ausgaben überprüfen. Die Gesamtausgaben des gemeindlichen Haushaltes belaufen sich auf rd. 6,3 Mio. Euro. Wichtig ist hier, dass nur wenige Ausgabenblöcke überhaupt seitens der Gemeinde beeinflussbar sind:

- Schwimmhalle (ca. 500.000 Euro),
- Kindergarten (388.000 Euro).

Aufgrund dieser Situationen ist es erklärbar, dass seit ca. 18 Monaten verstärkt innerhalb der Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse über eine mögliche Schließung der Schwimmhalle diskutiert wird. Da dies eine für Laboe bedeutsame Entscheidung ist, kann es nicht verwundern, dass dieses Zeit in Anspruch nimmt und nehmen muss, da jeder Gemeindevertreter und jede Gemeindevertreterin nicht nur Informationen braucht, um am Ende ausreichend informiert zu sein, sondern auch die Zeit um eine Entscheidung treffen zu können.

Um herauszufinden, ob andere kostengünstigere Alternativen zum bisherigen Betrieb der Schwimmhalle bestehen, wurde damals das europaweite Interessenbekundungsverfahren gestartet. Als Ergebnis daraus entstanden zwei Bekundungen, zum einen den Vorschlag der Bürgergenossenschaft, die Schwimmhalle weiter unter finanzieller Beteiligung der Gemeinde zu betreiben, zum anderen den Vorschlag einer Investorengruppe, im Falle einer Schließung der Schwimmhalle das Gebäude zu erwerben und an der Stelle ein Hotel zu errichten.

Die Gemeinde hat mit der Bürgergenossenschaft Gespräche geführt, um das Angebot der Bürgergenossenschaft bewerten zu können. Auch wenn der Verlauf der Gespräche unterschiedlich bewertet wird, genauso wie die Bewertung des Angebotes, ist für die Gemeinde festzustellen, dass das Angebot der Bürgergenossenschaft bedeuten würde, dass der Zuschuss für die Schwimmhalle von derzeit ca. 500.000 auf 350.000 – 400.000 Euro sinken könnte, wobei eine solche Rechnung auch zur Zeit nicht bewertbare Risiken für die Gemeinde birgt. Festzustellen ist, dass die Mehrheit der Gemeindevertretung in Anbetracht der auf uns zu kommenden Investitionen die Auffassung vertritt, dass die mögliche Einsparung zu gering ist, um das sich abzeichnende finanzielle Problem zu lösen. Deshalb hat die Gemeindevertretung beschlossen, das Genossenschaftsmodell nicht weiter zu verfolgen.

Auch mit dem zweiten Teilnehmer des Interessenbekundungsverfahrens wurde Kontakt aufgenommen. Dieser machte deutlich, dass sein Angebot für den Fall einer Schließung der Schwimmhalle gedacht ist, und weitergehende Gespräche erst dann erforderlich und gewünscht sind, wenn diese Situation eingetreten ist.

Die Mitglieder der Gemeindevertretung haben sich daraufhin aus den genannten Gründen mit den Kosten des Betriebes der Schwimmhalle auseinandergesetzt. In den Jahren 2012 und 2013 wurden knapp 300.000 Euro an Einnahmen durch den Betrieb der Schwimmhalle und der Sauna realisiert. Geht man von einer zwei prozentigen jährlichen Steigerung in den nächsten zehn Jahren aus, so steigen die Einnahmen im Jahr 2024 bis auf ca. 350.000 Euro.

Dem stehen Ausgaben für Personal in 2012 von 345.000 Euro und 2013 von 370.000 Euro gegenüber. Die gerade abgeschlossene Tarifrunde steigert diese Kosten 2014 um 3,0 %, in 2015 um 2,4 %. Geht man für die Jahre ab 2016 von 2 % jährlich aus, würden die Ausgaben für Personal bis 2024 auf ca. 476.000 Euro steigen. Neben den Personalkosten sind noch die Kosten für Material, Abschreibungen und sonstige Aufwendungen zu betrachten.

Setzt man die Ausgaben in Relation zu den Einnahmen, so ergaben folgende Defizite:

- 2012 - 544.000 Euro
- 2013 - 537.000 Euro
- 2014 – 576.000 Euro (prognostiziert)
- bis 2024 – Steigerung auf 714.000 Euro jährlich.

Rechnet man diese angenommenen Verluste zusammen, könnte die Gemeinde Laboe durch den Weiterbetrieb der Schwimmhalle in den nächsten zehn Jahren rund 5.000.000 Euro aufwenden müssen.

Es ist festzustellen, dass die Gemeinde Laboe dieses Geld nicht im Gemeindehaushalt erwirtschaften kann. Einnahmeverbesserungen im Gemeindehaushalt können im Bereich der Steuern und Parkgebühren erzielt werden, jedoch nur und vor allem durch die deutliche Anhebung der Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B. Eine Erhöhung der Steuer-Hebesätze um 10 Prozentpunkte ergeben ca. 45.000 Euro Mehreinnahmen, die Erhöhung der Parkgebühren um 10 % ca. 37.000 Euro.

In Anbetracht der Erhaltung der Zukunftsfähigkeit der Gemeinde Laboe, der anstehenden notwendigen Investitionen in die Infrastruktur der Gemeinde, dem Erhalt des gemeindlichen Vermögens sowie der Aufgabe, dem Allgemeinwohl zu dienen und allen Interessen gerecht zu werden, sieht die Mehrheit der Gemeindevertretung keine Alternative zur Schließung der Schwimmhalle.

Sicher ist auch eine Schließung der Schwimmhalle mit Kosten verbunden, eine Berechnung der Verwaltung ergibt, dass in 2015 die Meerwasserschwimmhalle komplett abgeschrieben werden müsste, der Restbuchwert beträgt dann ca. 768.000 Euro. Ab 2016 könnten dann dem Gemeindehaushalt jeweils 400.000 – 500.000 Euro mehr zur Verfügung stehen.

Aus Verantwortung für die Zukunft unserer Gemeinde und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner sowie aus der finanziellen Verantwortung für die zukünftige Generation kann die Gemeindevertretung einem Weiterbetrieb der Meerwasserschwimmhalle und damit einem möglichen Verlust von über 5.000.000 Euro in den nächsten zehn Jahren nicht zustimmen.

Sollten die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Ostseebad Laboe dieses genauso sehen, so müssten sie - im Interesse der Zukunftsfähigkeit unseres Ortes und unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Schulden – die beim Bürgerentscheid gestellte Frage:

Stimmen Sie für den Weiterbetrieb „unserer“ Meerwasserschwimmhalle?

mit „NEIN“ beantworten.

gez. Walter Riecken (Bürgermeister)